

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39  
Telex: 886 846 ppbn d

## Inhalt

40. Jahrgang / 231

4. Dezember 1985

**Dr. Haidi Streletz MdL**, Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), würdigt die Beschlüsse des Deutschen Frauenrats: **Gestiegenes Selbstbewußtsein.**

Seite 1

**Egon Lutz MdB**, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die Arbeitslosenzahlen für November und die Bonner Reaktionen: **Erschreckende Zahlen, aber keine Konsequenzen.**

Seite 3

**Dr. Dietrich Sperling MdB** legt dar, warum sich die Bundesregierung bei der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes schwer tut: **Zimmermanns Angst vor Bangemann.**

Seite 5

### Gestiegenes Selbstbewußtsein

**Der Deutsche Frauenrat präsentierte weitreichende Forderungen**

Von **Dr. Haidi Streletz MdL**,  
Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Am Ende der Frauendekade ist das Selbstbewußtsein der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland gestiegen. Durch gezielte Forderungen wird der Druck auf die Parteien stärker.

Frauen aus dem kirchlichen Bereich, aus Sport und Gewerkschaften, politischen Parteien und Verbänden, insgesamt 42 Mitgliedsorganisationen, haben auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats Beschlüsse gefaßt, die zum Teil weit über bereits bestehende Beschlüsse der Parteien hinausgehen. Die herausragenden Punkte:

1. Ein Frauenministerium auf Bundesebene, weil eine Unterabteilung im Familienministerium nicht ausreicht (Antragstellerin: AsF).
2. Eine parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt für die parlamentarische Anbindung (Antragstellerin: W.O.M.A.N.).
3. In den Parteien die Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft, mindestens aber in Höhe von 25 Prozent mit steigender Tendenz (Antragstellerin: AsF).
4. Bei der Erstattung der Wahlkampfkosten ein Zuschlag in dem Umfang, in dem der Anteil der gewählten Frauen über dem Mitglieder Verhältnis von Männern und Frauen der jeweiligen Partei liegt (Vorstand Deutscher Frauenrat).
5. Geschlechtsneutrale Bezeichnungen in Gesetzen, amtlichen Veröffentlichungen und Formularen. (Antragstellerin: DAG).

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstalter-Umsatz  
-steuerpflichtig  
Rechnungspflicht



Alle Anträge wurden mit nur ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen. Dies zeigt, daß Frauen ihren Anteil an der Macht einfordern, daß sie nicht mehr bereit sind, mit den Brosamen der Macht vorlieb zu nehmen, die ihnen bisher zugestanden wurden.

Für Gremienbesetzungen wird Parität gefordert. Man verlangt Rechtsvorschriften zur Ausfüllung des Artikels 3 Grundgesetz, Gleichstellungsstellen in Städten und Landkreisen, Förderpläne für Frauen in den Medien, in Verwaltungen und Betrieben, spricht sich gegen den Abbau von Schutzrechten aus, für besondere Ausbildung von Mädchen und Frauen in der Informationstechnologie, für Bildungsprogramme für ältere Frauen, fordert Bildungsurlaub, ein Babyjahr auch für Frauen, die vor 1921 geboren sind. Nicht-Öffentlichkeit bei Verhandlungen über Sexualdelikte, die Leihmutterchaft wird ebenso abgelehnt, wie der Handel mit Spenderorganen oder Sextourismus. Die Mitgliederversammlung sprach sich gegen den Koalitionskompromiß beim Scheidungsfolgenrecht aus.

Für die AsF bedeutet dies, daß ihre Anträge alle mit überwiegender Mehrheit angenommen worden sind, ja sogar, daß die Forderung nach einem Frauenministerium erneut die Schlagzeilen der Tageszeitungen füllt. Für den Deutschen Frauenrat sind die Ergebnisse der Konferenz eine sehr gute Ausgangslage, die Forderungen der Frauenverbände auch in Zukunft in praktisches Handeln umzusetzen. In der Konferenz wurde sehr deutlich, daß Frauen ganz unterschiedlicher Interessenlagen sehr wohl bereit und in der Lage sind, solidarisch miteinander zu diskutieren, sich auch Mut zu machen und Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen. Völliges Neuland für den Deutschen Frauenrat war die Beschäftigung der Sprache, mit männlich/weiblichen Bezeichnungen, und der sprachlichen Männermacht. Der einführende Vortrag von Dr. Senta Trömpel-Plötz am Vorabend hatte dann auch schon erste Auswirkungen auf der Konferenz selbst, in dem alle Frauen sich bemühten, in Redebeiträgen und Antragstexten bewußt zu formulieren.

Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen bedeutet das Ergebnis der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats, daß sie mit ihren Beschlüssen ein breites Spektrum der Frauen anspricht.

(-/4.12.1985/rs/ks)

+ + +



## Erschreckende Zahlen, aber keine Konsequenzen

## Anmerkungen zur Arbeitslosigkeit im November 1985

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

**Das rabenschwärzeste Jahr des bundesdeutschen Arbeitsmarkt war und ist das Jahr 1985!**

Das belegen die Zahlen: 2,62 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose im Januar 1985 (Arbeitslosenquote 10,6 Prozent), 2,61 Millionen im Februar (10,5 Prozent), 2,47 Millionen im März (10,0 Prozent), 2,30 Millionen im April (9,3 Prozent), 2,19 Millionen im Mai (8,8 Prozent), 2,16 Millionen im Juni (8,7 Prozent), 2,21 Millionen im Juli (9,0 Prozent), 2,22 Millionen im August (8,9 Prozent), 2,15 Millionen im September (8,7 Prozent), 2,15 Millionen im Oktober (8,6 Prozent). Im November waren es 2.210.745, (8,9 Prozent).

Jede dieser Zahlen stellt einen absoluten Negativrekord für unser Land seit der Währungsreform dar, jede - auch die heutige! Elf Mal in elf Monaten des Jahres 1985 gab es so viele arbeitslose Bundesbürger wie noch nie. Hinzu kommt auch am heutigen Tag eine Dunkelziffer von weiteren 1,3 Millionen Menschen, die als sogenannte „stille Reserve“ in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit nicht berücksichtigt werden.

Dabei begann das Jahr 1985 relativ verheißungsvoll - bei den Prognosen: der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verließ im November 1984 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 1985 „um knapp 200.000 und im Jahresdurchschnitt um reichlich 100.000“. Sieben Monate später - im Juni 1985 - revidierte er zwar teilweise diese Prognose zu einem erwarteten „Rückgang der Arbeitslosigkeit, möglicherweise nur geringfügig“, doch es war eben doch weiterhin von „Rückgang“ die Rede.

Die Bundesregierung verließ im Januar 1985 in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1985 ein „Absinken der Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt unter neun von Hundert“. Und die Wirtschaftsinstitute gingen im Mai 1985 von gleichbleibenden Arbeitslosenquoten 1985 von 9,4 Prozent und einer Arbeitslosenzahl von 2,28 Millionen aus. Und selbst diese um 14.000 höher als 1984 veranschlagte Zahl der im Jahresdurchschnitt registrierten Arbeitslosen wird im Jahr 1985 nicht zu halten sein.

Mit anderen Worten: alle Prognosen erweisen sich als Schall und Rauch, die von der tatsächlichen, viel schlimmer verlaufenden Entwicklung überholt werden.

Und dennoch verbreitet die Bundesregierung verbalen Weihrauch unterm deutschen Volk, erzählt weiterhin die Mär vom Aufschwung am Arbeitsmarkt und den sinkenden Arbeitslosenzahlen und strapaziert die jüngste Prognose des Sachverständigenrates für 1986: „-80.000 Arbeitslose im Jahresverlauf.“ Ansonsten aber verharrt sie in ihrer Tu-nix-Arbeitsmarktpolitik und spricht von „Weltschmerz“ und „Zukunftsgang“ als den größten Hemmnissen.

Bei so viel Zynismus gegenüber dem Schicksal von Millionen Betroffener und ihrer Familien verschlägt es einem wahrlich fast die Sprache ; nicht nur zur Weihnachtszeit! Und die Nürnberger Bundesanstalt schiebt den Anstieg der November-Arbeitslosigkeit um 61.800 gegenüber dem Vormonat und um 21.600 gegenüber dem Vorjahresmonat wieder einmal auf das allgegenwärtige Wetter zurück: „Die konjunkturellen Auftriebskräfte auf dem Arbeitsmarkt sind nach wie vor vorhanden, wegen des ungewöhnlich frühen Wintereinbruchs aber weniger sichtbar.“

Und gegen Kälte und Schnee ist bekanntlich die beste Politik machtlos - so der auch heute wieder gewünschte Eindruck beim Bundesbürger. Es gab 316.600 neue Arbeitslosmeldungen, 15.900 oder fünf Prozent mehr als vor einem Jahr. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg an, wofür die Bundesanstalt als Entschuldigung bemüht, die saisonbereinigte Zahl könne die konjunkturelle Entwicklung „nicht zutreffend beschreiben“.



Die Zahl der arbeitslosen Männer lag Ende November mit 1.179.700 um 16.700 oder ein Prozent unter dem Vorjahresstand, während die der arbeitslosen Frauen mit 1.031.000 um 38.300 oder vier Prozent darüber lag. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren belief sich Ende November auf 156.400 (1.200 oder ein Prozent mehr als im Vorjahr). Der Zugang an Arbeitslosen belief sich auf 316.600 (+15.900 oder fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr). Dabei meldeten sich vor allem Arbeitnehmer, die zuvor erwerbstätig waren, in größerer Zahl arbeitslos (gegenüber November 1984 + 12.000). Zum Anstieg der Arbeitslosmeldungen trugen aber auch Personen bei, die zuvor in betrieblicher Ausbildung standen (November 1985/84 + 700) und solche, die noch nicht oder seit längerem nicht mehr erwerbstätig waren (+ 3.200). Insgesamt belief sich der Zugang an Arbeitslosen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, im November auf 72.600.

Ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten im November 245.700 Arbeitnehmer, 1.300 oder ein Prozent weniger als 1984. Die Zahl der Arbeitslosen, die bis zuletzt Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen und anschließend eine Arbeit aufnehmen konnten, lag im November nach den Angaben der Bundesanstalt um zwei Prozent über der des Vorjahres. Der Stellenzugang im November belief sich auf 118.600 und war damit um 20 Prozent größer als 1984 in dergleichen Zeit. Ende des Monats standen noch 110.200 offene Stellen zur Besetzung an, 35 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitsämter vermittelten im vergangenen Monat 145.700 Arbeitssuchende, 9.400 oder sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entfielen auf Beschäftigungsverhältnisse von über sieben Tagen Dauer 88.000 Arbeitsvermittlungen (+ zehn Prozent), die restlichen 57.700 Arbeitsvermittlungen waren auf kurzfristige Arbeitsverhältnisse gerichtet (+ zwei Prozent).

Für die ersten elf Monate 1985 sind die folgenden Zahlen in den heutigen Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit festgehalten: Insgesamt wurden 1.744.700 Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt, 124.700 oder acht Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. 78 Prozent der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen konnten damit besetzt werden, wobei in den Jahren 1983 und '84 der Ausschöpfungsgrad noch höher lag. Zu beachten hierbei sind allerdings gravierende regionale Unterschiede. Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung, haben von Januar bis November 1985 372.600 begonnen, 43.600 oder 13 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Vor ihrem Beginn waren 66 Prozent arbeitslos gemeldet.

In allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) vermittelten die Arbeitsämter im November 1985 8.500 Arbeitslose. Jahreszeitlich bedingt nahm im November die Zahl der in ABM beschäftigten geförderten Arbeitnehmer um 2.200 auf 95.800 ab, womit der Vorjahresstand aber immer noch um 18.500 oder 24 Prozent überschritten wurde. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von Oktober auf November um 32.800 auf 159.500 zu, wobei der größte Teil dieses Anstieges auf die Bauwirtschaft entfiel, in der es jetzt 20.400 Kurzarbeiter mehr gab als im Vormonat.

In der Gesamtbetrachtung all dieser Zahlen wird es am heutigen Tag wohl bedauerlicherweise zu dem altbekannten Bild der vergangenen Monate kommen: Die einen - die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien - werden einen geringfügigen Anstieg der Beschäftigtenzahlen als den entscheidenden Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt feiern und sich um eine Aussage zur Entwicklung der Arbeitslosenzahl tunlichst drücken. Die anderen - die Opposition - wird dies erneut kritisieren und zum wiederholten Male im Interesse der Betroffenen eine umfassende Änderung der Arbeitsmarktpolitik dieser Bundesregierung fordern.

Und dennoch wird bedauerlicherweise weiterhin eine systematische Gewöhnung an die Massenarbeitslosigkeit von CDU/CSU und FDP betrieben werden mit einigen Krokodilstränen auf Seiten der Sozialausschüsse und vielen flotten Sprüchen des Bundesarbeitsministers.

Wie man sieht, die Szenerie ist wie (fast) immer: Aus Nürnberg werden erschreckende Zahlen bekannt, die sofortiges Handeln erfordern, doch unsere Bundesregierung spult routinemäßig ihre übliche Stellungnahme herunter und weigert sich konsequent, Konsequenzen zu ziehen. Ich fürchte, man kann die Hoffnung aufgeben, daß sich an diesem Ritual noch irgend etwas vor der nächsten Bundestagswahl des Jahres 1987 ändern wird.

(-/4.12.1985/rs/ks)

+ + +



Die Bundesregierung prüft immer noch...

**Auch mit der Forderung nach Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes kann sich Zimmermann nicht durchsetzen**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 trägt den Anforderungen, die aus der heutigen Sicht einer sparsamen und umweltfreundlichen Energieversorgung gestellt werden müssen, nicht mehr Rechnung. Das Energiewirtschaftsgesetz ist zu novellieren.

Dies ist nicht nur die Auffassung der SPD und weiter Teile der Öffentlichkeit, sondern auch der großen Mehrheit der Umweltminister des Bundes und der Länder.

Die Bundesregierung insgesamt ist in dieser Frage - wie in allen wichtigen Fragen - sich nicht einig. Da es darum geht, etwas zu verändern, siegt - wie immer bei dieser Regierung - derjenige mit dem dicksten Hintern und dem größten (Aus)Sitzvermögen: Der Wirtschaftsminister.

Der versteht von Wirtschaft wenig und sein Amt so: Er muß die Interessen der Wirtschaft vertreten und daher gegen alles sein, was dem entgegenzustehen scheint, das sind in seinen Augen vor allem Arbeit und Umwelt.

Umweltminister Zimmermann möchte sich dagegen profilieren können dürfen, er traut sich aber nicht zu wollen.

Das geht so: Noch in der Beantwortung einer Anfrage der SPD vor zwei Jahren hat die Bundesregierung keinen Grund zu einer Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes gesehen. Dann haben die Umweltminister unter Beteiligung von Herrn Zimmermann einen langen Forderungskatalog zur Änderung dieses Gesetzes beschlossen. Die Bundesregierung hat daran nicht vorbeigehen können, ohne ihren Umweltminister völlig zu blamieren.

Was sagt sie also, wenn sie ein Ja nicht will und ein Nein sich nicht traut?

- o Auskunft Januar 1984: Die Bundesregierung prüft.
- o Auskunft Sommer 1984: Die Bundesregierung prüft weiter.
- o Auskunft Herbst 1985: Die Bundesregierung prüft immer noch.

Die Wirtschaftsminister haben schon zu Ende geprüft. Erwartetes Ergebnis: Keine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Solange geprüft wird, passiert auch nichts.

Zimmermann sollte zugeben: Auch hier eine Niederlage - für ihn und für die Umwelt.

(-/4.12.1985/rs/ks)

+ + +



# Fritz Sänger: „Der Freiheit dienen“

Fritz Sänger

## Der Freiheit dienen

Kritische Kommentare zum Zeitgeschehen  
Vorwort von Willy Brandt



Steidl Verlag

Das Buch im  
Verlag SPD-Pressedienst

Fritz Sänger (1901 – 1984), erster  
Chefredakteur der Deutschen  
Presse-Agentur (dpa) und Gründer  
des Sozialdemokratischen Presse-  
dienstes, beschreibt in seinem letz-  
ten Buch 80 Jahre deutscher Politik  
und Zeitgeschichte am Beispiel sei-  
nes eigenen Lebenswegs: im Wi-  
derstand gegen die Nazidiktatur,  
als Bundestagsabgeordneter beim  
Wiederaufbau der Demokratie und  
als wesentlicher Mitautor des Go-  
desberger Programms 1959.

Willy Brandt schreibt im Vorwort zu  
diesem Buch: „Das Beispiel  
Fritz Sängers sollte Mut machen.“

Begrenzte Sonderauflage für den  
SPD-Pressedienst: ~~14,90 DM~~  
Vorzugspreis ~~28,80 DM~~ statt  
regulärem Preis von 29,80 DM.

### BESTELLSCHEIN

Ich bestelle  per Scheck (beiliegend)

Exemplar(e) „Der Freiheit dienen“

DM ~~29,80~~ zuzüglich Versandkosten DM 2,50 = DM ~~32,30~~  
19,90 17,40

Name und Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Datum und Unterschrift

**Verlag SPD-Pressedienst, Postfach 120408, 5300 Bonn 1**